

## Die friedenspolitische Großwetterlage

---

Prof. Dr. Dieter Senghaas, geb. 1940 in Geislingen-Steige, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Tübingen, Amherst, Frankfurt, Ann Arbor, Cambridge; 1970 bis 1978 Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung; 1972 bis 1978 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt; seit 1978 Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Bremen.

Grundlage weltwirtschaftlicher Entwicklungen:  
Konjunktur- und Hegemoniezyklen

Aus vielen Lebensbereichen ist bekannt, daß sich gesellschaftliche Prozesse nicht geradlinig, sondern zyklisch entwickeln. Vertraut sind kurzfristige Ausschläge der Wirtschaftskonjunktur. Obgleich umstritten, zieht die These, daß sich in den vergangenen 200 Jahren sogenannte lange Wellen der Wirtschaftsentwicklung beobachten lassen, die nach ihrem Entdecker seit den zwanziger Jahren „Kondratieff-Zyklen“ genannt werden, in der Wissenschaft immer mehr Aufmerksamkeit auf sich. Kondratieffs Theorie zufolge hat sich die Weltwirtschaft seit dem 18. Jahrhundert in jeweils etwa 50 Jahre übergreifenden Auf- und Abschwungperioden entwickelt; d.h. auf eine etwa 25 jährige Aufschwungphase soll eine ungefähr 25jährige Abschwungphase gefolgt sein, die ihrerseits wieder in eine entsprechend lange Aufschwungphase überging.

Auch in vorindustriellen Gesellschaften haben Historiker und Sozialwissenschaftler, wenn auch mit anderer Begründung, „lange Wellen“ beobachtet. Neuerdings haben Politikwissenschaftler sich mit den sogenannten „Hegemoniezyklen“ des europäischen Staatensystems seit dem 16. Jahrhundert beschäftigt, d.h. mit Phasen des Aufschwungs, der Reife und des Verfalls von aufeinanderfolgenden Hegemonialmächten.

Warum interessieren gerade heute wiederum solche Vorstellungen über lange Wellen der Konjunktur und über Hegemoniezyklen? Der Grund dürfte darin bestehen, daß wir derzeit einerseits den Übergang von einer langen weltwirtschaftlichen Aufschwungphase in eine erneute lange Abschwungphase miterleben *und* gleichzeitig eine entsprechende Veränderung in der internationalen Machtstruktur, die in einer Zerbröckelung der einst unbestrittenen Hegemonialposition der USA begründet ist. Das Zusammentreffen beider Entwicklungen dürfte besondere Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwören. Denn nach aller historischen Erfahrung wächst die Wahrscheinlichkeit von Kriegen dann besonders, wenn ein weltwirtschaftlicher Abschwung dazu führt, daß Verteilungskonflikte nicht nur innerhalb von Gesellschaften, sondern auch zwischen ihnen sich häufen. Nicht umsonst ist dann oft die Rede von „Handelskriegen“, die sich in der Geschichte nicht selten in offene militärische Auseinandersetzungen ausweiten. Auch dürfte die Konflikträchtigkeit internationaler Politik dann zunehmen, wenn die Vormachtstellung einer ehemals eindeutigen Hegemonialmacht *relativ zu* schwinden beginnt, sei es als Ergebnis eigener innerer Schwäche und - was in der Regel ebenso wahrscheinlich ist — als Folge der Herausbildung von neuen, offensiv auftretenden Gegenmächten. In einer solchen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Konstellation ist zu erwarten, daß die alte Hegemonialmacht entweder versucht, sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen, oder aber, daß sie sich bemüht, durch besondere, wenngleich in der Regel aussichtslose Anstrengungen die einmal eingenommene Vormachtstellung wiederzugewinnen, um weiterhin die alte weltpolitische Rolle spielen zu können.

Solche Anstrengungen zeigen sich vor allem darin, daß der in seiner Weltmachtstellung bedrohte Staat versucht, seinen politischen Einfluß vermittels einer überdurchschnittlich wachsenden Rüstung zurückzugewinnen. Derartige ist heute in den USA zu beobachten. Doch wird ein solcher Versuch, mit Hilfe zusätzlicher militärischer Machtmittel politische Machtpositionen zurückzugewinnen, ohne durchschlagenden Erfolg bleiben, selbst wenn alle Rüstungsprogramme aus ökonomischen Gründen verwirklicht werden könnten. Gerade die Geschichte der USA seit der Mitte des letzten Jahrhunderts belegt, daß weltpolitische Vormachtstellung nicht in erster Linie in militärischer Macht begründet ist, sondern in ökonomischer Leistungsfähigkeit und darauf

aufbauend in der Fähigkeit der werdenden Hegemonialmacht, die internationale Arbeitsteilung zu eigenen Gunsten zu strukturieren. So war es auch im Falle Großbritanniens, der überragenden Hegemonialmacht des 19. Jahrhunderts. In beiden Fällen begründeten technologische und auch organisatorische Innovationen eine unvergleichliche Leistungssteigerung der jeweiligen Nationalökonomie, was die englische Wirtschaft im 19. Jahrhundert und die amerikanische um die Mitte des 20. Jahrhunderts zum Wachstumspol der Weltwirtschaft werden ließ. Erst darauf aufbauend ist die eingetretene militärische Machtentfaltung zu begreifen. War sie für die Durchsetzung von Hegemonialpositionen in der internationalen Gesellschaft flankierend durchaus wichtig, so zeigt sich doch die überragende Vormachtstellung einer wirklichen Hegemonialmacht gerade darin, daß diese in ihrer Reifezeit relativ wenig zum Mittel offener militärischer Gewalt greifen muß, weil sich in dieser Phase eigene Vormachtstellung eben durch wirtschaftliche Stärke durchsetzt. Demgegenüber ist die Militarisierung einer Hegemonialmacht geradezu der Ausdruck wachsender Schwäche: Denn wirken *ökonomische* Steuerungsmechanismen nicht mehr zugunsten der Hegemonialmacht, gerät diese in Versuchung, den ihr aus der Struktur der Weltwirtschaft ökonomisch nicht mehr ohne weiteres zufallenden Nutzen und Gewinn offen und direkt *militärisch* zu sichern. Die Illusion eines solchen Vorhabens besteht allerdings darin, daß sich militärisch nicht langfristig sichern läßt, was ökonomisch verspielt ist, nämlich die Fähigkeit, die Weltwirtschaft aufgrund eigener Wirtschaftskraft zu eigenen Gunsten zu organisieren. Ohne eine solche materielle Grundlage klaffen in der internationalen Politik einer Hegemonialmacht Aufwand und Nutzen auseinander, worin immer schon das grundlegende Dilemma absteigender Hegemonialmächte bestand.

### Wachsende Kriegsgefahr durch hegemoniale Krisen

Mehr als in der Vergangenheit sollten Hegemoniezyklen die Aufmerksamkeit von Friedensforschung auf sich ziehen. Friedensforschung hat sich lange Zeit in einem ihrer Kerngebiete mit sogenannter Kriegsursachenforschung beschäftigt. Viele konkrete Faktoren, die zum Ausbruch von einzelnen Kriegen geführt haben, sind dabei systematisch erforscht worden. Was dabei jedoch, wie auch in der Geschichtswissenschaft, unterbelichtet blieb, ist die Analyse von makropolitischen und makroökonomischen Konstellationen, die den Hintergrund für hegemoniale Ausscheidungskämpfe abgaben.

In der Neuzeit sind mehrere solcher Ausscheidungskämpfe ausgefochten worden. So wurde die Vorherrschaft Spaniens und Portugals im 16. Jahrhundert durch Holland abgelöst. An die Stelle Hollands trat danach England, wobei der eigentlich anhaltende Ausscheidungskampf mit Frankreich stattfand:

Höhepunkt waren die napoleonischen Kriege. Englands Position blieb unbestritten während des 19. Jahrhunderts, doch schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts reiften zwei Rivalen heran, Deutschland und — lange Zeit noch im Hintergrund, wenn auch von vergleichbarer wachsender ökonomischer Bedeutung — die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Imperialismus europäischer Mächte am Ende des 19. Jahrhunderts war ein Wettlauf um die Erringung einer hegemonialen Führungsposition. Als zugespitzte Hegemonialkonflikte lassen sich der Erste und der Zweite Weltkrieg interpretieren, und sie wurden von entscheidenden Akteuren auch als solche verstanden.

Diese Auseinandersetzungen mündeten, wie nicht selten in der Weltgeschichte, im Sieg einer ehemals eher geographisch randständigen Macht, die zu einem neuen und hegemonialen Zentrum wurde.

Hegemoniale Kriege glichen in der Vergangenheit einem beispiellosen Kräftemessen, von dessen Ausgang die weitere Entwicklung nicht nur einer einzelnen Gesellschaft, sondern der Weltpolitik insgesamt abhing. Wäre aus dem Ausscheidungskampf des 18. Jahrhunderts Frankreich und nicht England siegreich hervorgegangen, hätte die neuere Weltgeschichte einen anderen Verlauf genommen, und hätte im Ersten Weltkrieg Deutschland bzw. im Zweiten Weltkrieg Deutschland im Verbund mit Japan gesiegt, wäre die heutige weltpolitische Szenerie eine ganz andere als die uns seit 1945 vertraute.

Aus friedenspolitischer Perspektive ist deshalb die Frage von entscheidender Bedeutung, ob sich die internationale Politik auf einen neuen Hegemoniekonflikt zubewegt, dieses Mal zwischen der überkommenen Hegemonialmacht USA und neuen Herausforderern - oder ob es Gründe dafür gibt, daß die überkommenen Hegemoniezyklen, an deren Beginn bzw. Ende immer große welterschütternde *Hegemoniekriege* ausbrachen, an aktueller Bedeutung verloren haben.

Manche Vorstellungen über Entspannungspolitik, Rüstungskontrolle und wachsende ökonomische Verflechtungen zwischen den Hauptkontrahenten der internationalen Politik legten in den sechziger und siebziger Jahren die Ansicht nahe, daß sich die internationale Politik in einem grundlegenden, wenn gleich langsamen, doch unumkehrbaren Strukturwandel befände. Die anhaltende Pattsituation der Nuklearmächte stützte eine solche Überlegung nachdrücklich. Doch innerhalb kürzester Zeit ist zu Beginn der achtziger Jahre die Vorstellung einer sich vertiefenden und unumkehrbar werdenden Entspannungspolitik von einem drohenden Kollisionskurs der beiden Großmächte überlagert worden. Die Rede von militärischer Unterlegenheit bei Existenz tatsächlicher Übertötungskapazitäten und die deutlicher ausgesprochenen

Überlegungen über die Begrenzbarkeit eines nuklearen Krieges sind Hinweise auf eine um sich greifende Unsicherheit. In einer solchen Konstellation erhöht sich Kriegswahrscheinlichkeit, selbst wenn keine Aussichten bestehen, unter heutigen Bedingungen noch einmal einen hegemonialen Konflikt siegreich durchzufechten. Ohnehin besteht nicht so sehr die Gefahr eines nüchtern kalkulierten Krieges mit der Absicht von Gewinn- und Nutzenmaximierung. Viel eher drohen in einer solchen Konstellation unbeabsichtigte Kriege als Folge von Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen, bzw. drohen Kriege, deren Ziel es eher ist, weitere potentielle Verluste an Einfluß und Macht zu verringern, als Nutzen und Gewinn zu vergrößern.

**Tiefgreifende Veränderungen in der internationalen Gesellschaft haben das Austragen hegemonialer Ausscheidungskämpfe erschwert**

Einer Hegemonialmacht, die ihren Zenit überschritten hat, stellt sich dabei die Aufgabe, den Rollenwechsel von einer früheren Vormachtstellung in eine eher zweitrangige, mit anderen Mächten vergleichbare Position politisch, ökonomisch und nicht zuletzt psychisch zu bewältigen. Dabei sind Versuche, diesen Prozeß aufzuhalten und durch Kraftakte das Rad der Geschichte zurückzudrehen, erwartbar. Inwieweit die Anpassung an eine veränderte Umwelt ohne Schüttelkrämpfe glückt, hängt von innergesellschaftlichen Faktoren ab, beispielsweise von der Bereitschaft einer Bevölkerung, einen in der Tendenz kostspieligen Kollisionskurs tatsächlich zu unterstützen. Natürlich spielen auch internationale Faktoren eine Rolle, beispielsweise die heute sichtbaren tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Gesellschaft, die kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Hauptkontrahenten der internationalen Politik eher unberechenbar und erfolglos erscheinen lassen. Solche neuen Bedingungen dürften eine Hegemonialmacht im Abstieg wie die USA letztendlich eher vorsichtig operieren lassen, und sie dürften auch dazu beitragen, daß der heute einzige Gegenspieler der USA, die Sowjetunion, eher umsichtig als wagemutig taktiert. Welche Veränderungen sind gemeint?

Vor hundert Jahren und noch vor wenigen Jahrzehnten hatten die damals führenden Mächte ein relativ leichtes Spiel, Einflußsphären zu gewinnen und zu sichern. Das hing damit zusammen, daß die Opfer solcher Politik wenig Widerstandskräfte zu mobilisieren imstande waren, weil es sich bei ihnen im wesentlichen um wenig potente Agrargesellschaften handelte, die dem Ansturm der Industriegesellschaften nicht standhalten konnten. Deshalb war es den hochgerüsteten Industrienationen möglich, mit einem relativ geringen militärischen und ökonomischen Aufwand weitreichende politische Ziele zu erreichen. Diese Situation hat sich inzwischen in weiten Teilen der Welt grundlegend geändert. Aus überwiegend bäuerlichen Gesellschaften sind inzwischen

Gesellschaften geworden, in denen in der Tendenz der Anteil der Bauern an der erwerbstätigen Bevölkerung unter die Fünfzig-Prozent-Marke fällt. Prognosen deuten darauf hin, daß im Jahre 2000 fast 90 Prozent der Erdbevölkerung lese- und schreibkundig sein werden, 1950 waren es nur knapp 50 Prozent - ein bemerkenswerter Wandel, wenn man gleichzeitig das inzwischen eingetretene Wachstum der Weltbevölkerung berücksichtigt. Im Jahre 2000 werden 50 Prozent der Weltbevölkerung in städtischen Zentren wohnen, wobei gerade die Geschwindigkeit der Urbanisierung der Dritten Welt atemberaubend ist. Eine Bevölkerung, bei der die Zahl der Bauern abnimmt, in der Lese- und Schreibkundigkeit zunimmt und die in Städten zusammengeballt ist, hat keine andere Alternative, als sich in abhängiger Erwerbstätigkeit am Leben zu halten; sie ist proletarisiert. Alle diese Faktoren zusammengenommen werden aber auch gleichzeitig zur Grundlage für Politisierung und damit auch zur Grundlage für Nationalismus. Was immer dessen innergesellschaftliche und innenpolitische Funktionen sein mögen, seine Folgewirkungen für die internationale Politik bestehen darin, daß einer interventionistischen Politik, die das Zeitalter des Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus prägte, allmählich der Boden entzogen wird. Trotz aller von außen verursachten Entwicklungsprobleme, die heute in der entwicklungspolitischen Diskussion zu Recht betont werden, ist doch nicht zu verkennen, daß versuchte offene Interventionen in der Dritten Welt kostspieliger und deshalb auch seltener werden und daß interventionistische Militäraktionen sich in der Tendenz als kontraproduktiv herausstellen.

Die internationale Gesellschaft ist also einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen, der die Wahrscheinlichkeit militärisch erfolgreich durchgeführter Ausscheidungskämpfe an dritten Stellen heute geringer erscheinen läßt als noch vor wenigen Jahrzehnten. Dieser Trend betrifft den Gegenspieler der USA nicht weniger als die USA selbst. Die Sowjetunion hat heute als eine Macht mit Hegemonieanspruch erhebliche Schwierigkeiten in der *politischen* Sicherung ihrer Einflußsphäre, und ihr ist eine solche Sicherung nur dort verläßlich (und nur mit erheblichem Kostenaufwand gelungen), wo sie militärische Machtmittel kontinuierlich einzusetzen imstande war, d.h. im Vorfeld der eigenen Gesellschaft. Ein erheblicher Unterschied zu früheren Konstellationen, aus denen Hegemoniekonflikte erwachsen, besteht überdies in der Tatsache, daß diesem Gegenspieler der USA wesentliche Merkmale eines wirklichen Anwärters auf eine künftige Hegemonie-Position fehlen.

Eingangs wurde schon darauf hingewiesen, daß in der Neuzeit nicht militärische Macht als solche für die Erringung einer hegemonialen Position entscheidend war, sondern ökonomische Leistungsfähigkeit, technologische Innovation und darauf aufbauend die Strukturierung der Weltwirtschaft zugun-

sten der Hegemonialmacht. Überdies gehörte zu wirklichen Hegemonialmächten immer auch eine zivilisatorische Ausstrahlungskraft, die auf dem Zenit der erreichten Vormachtstellung, über die eigene Gesellschaft hinausreichend, kulturprägend wirkte. Noch vor 15 Jahren kam diese Rolle dem American way of life zu. So wenig von diesem heute noch weltweit positiv die Rede ist, so wenig war jemals die Rede von einem beispielgebenden sowjetischen Lebensstil.

In dieser Hinsicht ist die Sowjetunion in einer schwachen Position; wenig eindrucksvoll sind die Leistungen ihrer Ökonomie, vor allem wenn man einer Bewertung die wachsende Kluft zwischen einem erheblichen Aufwand an Produktionsfaktoren und relativ mäßigen wirtschaftlichen Ergebnissen zugrundelegt. Technologische Innovationen versucht die Sowjetunion aus dem Westen zu importieren, ohne daß es bisher offensichtlich gelungen ist, diese wirklich gewinnbringend in die eigene Planökonomie zu integrieren. Von einer Prägekraft hinsichtlich der Struktur der Weltwirtschaft kann keine Rede sein. Wenn überhaupt, dann ist die sowjetische Wirtschaft von weltwirtschaftlichen Entwicklungstrends, deren Ursprung außerhalb ihrer selbst und von ihr weitgehend unbeeinflusst zu suchen sind, abhängig. Damit reduziert sich ihre Großmachtposition auf das inzwischen erreichte erhebliche Militärpotential. Die Kluft zwischen ökonomischer Schwäche und militärischer Stärke trägt möglicherweise dazu bei, daß eine offensive Hegemoniepolitik nicht verfolgt wird; andererseits sind angesichts solcher Konstellation Kurzschlußreaktionen nicht ausgeschlossen. Vielleicht mit Ausnahme der Intervention in Afghanistan gibt es hierfür außerhalb des immer schon militärisch abgesicherten und am Ende des Weltkrieges der Sowjetunion politisch eingeräumten Einflußbereiches keine klaren Indizien.

So stehen sich heute zwei Großmächte gegenüber. Die eine von ihnen, die USA, besaß noch bis vor kurzem alle Merkmale einer wirklichen Hegemonialmacht, und sie durchlief, wie alle früheren Hegemonialmächte, eine Aufstiegs- und Reifeperiode; heute muß sie, ebenso wie alle früheren Hegemonialmächte, gegen den Zerfall der einmal errungenen Vormachtstellung ankämpfen. Bezeichnend ist übrigens, daß dieser Verfallsprozeß viel früher einsetzte als beispielsweise noch bei der vorangegangenen Hegemonialmacht Großbritannien, die ihre Position viele Jahrzehnte lang halten konnte. Auch darin drückt sich der oben beschriebene Strukturwandel internationaler Gesellschaft aus. Die andere Großmacht mit Hegemonieanspruch, die Sowjetunion, hat aus den genannten Gründen auf absehbare Zeit keine Chance, eine wirkliche Hegemoniemacht zu werden, da dazu eben weit mehr gehört als aufgehäufte militärische Machtmittel. Andere Gesellschaften wie China, Indien, Brasilien und Mexiko haben auf absehbare Zeit weder das ökonomische noch das technologische Potential, das für eine neu erstehende wirkliche Hegemoniemacht erfor-

derlich wäre. So leben wir heute in einer Zeit, in der möglicherweise der überkommene Hegemoniezyklus, der immer auch ein Zyklus von Krieg und Frieden gewesen ist, durchbrochen wird - in einer Umbruchszeit also, in der gerade deshalb erhebliche Gefahren für den Frieden bestehen, als auch - bei entsprechenden politischen Anstrengungen - Chancen für eine neue internationale Ordnung.

#### Gefahren und Chancen für den Frieden in der heutigen Umbruchszeit

Die beiden Großmächte verfügen heute über ein nukleares Zerstörungspotential in der Größenordnung von 1,5 Millionen Hiroshima-Bomben. Damit läßt sich die Welt zerstören, jedoch nicht gestalten. Die Gefahr einer Weltkatastrophe besteht solange, wie diese Zerstörungsmittel einsetzbar sind. Glücklicherweise zeichnen sich jedoch auch zukunftsweisende Alternativen in der internationalen Politik ab. So zeigt Japan beispielhaft, wie sich eine führende Wirtschaftsmacht *ohne* militärische Absicherung in die eigene Umwelt einfügt und wie an die Stelle von Kanonenboot-Diplomatie, militärisch abgesicherter Drohpolitik und tatsächlicher militärischer Intervention bei widerstreitenden Interessen alternativlos der Zwang zu Kompromissen und Konsensus tritt, ohne militärische Drohgeste und dennoch äußerst erfolgreich. Noch vor wenigen Jahrzehnten war Japan eine der militaristischsten Gesellschaften der Welt. Ihm wurde der eigene Militarismus, wie im Falle Deutschland, dem anderen Hegemonie-Aspiranten der dreißiger und vierziger Jahre, durch eine totale militärische Niederlage ausgetrieben; eine vergleichbare Erfahrung wäre heute nicht mehr vorstellbar, weil eine militärische Niederlage der Großmächte gleichzeitig die Vernichtung ihrer Gesellschaften nach sich ziehen würde.

Ein Hegemoniekonflikt aus kühler Berechnung dürfte heute in absehbarer Zeit unwahrscheinlich sein. Die Eskalation einer Krise bis zu dem Punkt, wo der latent in der gegenwärtigen internationalen Machtstruktur angelegte Hegemoniekonflikt tatsächlich virulent würde, ist - obgleich irrational - weiterhin vorstellbar. In einer solchen Konstellation ist die Aktivierung von Kräften, die gegen einen Kollisionskurs und gegen Kriseneskalation wirken könnten, besonders wichtig.

Neben anderen Faktoren sind hierzu realistische Lagebeurteilungen zu rechnen. Von einer übertriebenen Einschätzung der Macht des Herausforderers auszugehen ist ebenso fatal, wie die Vorstellung, der eigene relative Machtverfall könne durch eine überdurchschnittliche Kraftanstrengung aufgehalten werden. Fatal ist weiterhin die Umleitung von knappen Ressourcen in Aufrüstungsmaßnahmen, während gleichzeitig in der Folge davon die Leistungsfähigkeit von Ökonomien geschwächt und der soziale Friede untergra-

ben wird, weshalb die herkömmliche Sicherheitspolitik nicht nur neue Unsicherheiten in der internationalen Politik, sondern auch im Innern von Gesellschaften hervorruft. Äußerst problematisch ist auch die Annahme, die internationale Politik gleiche einem Konflikt, bei dem notwendigerweise der Gewinnzuwachs der einen Seite gleich groß sei wie der Verlust der anderen. In Wirklichkeit sind die Abläufe internationaler Politik weit komplizierter, als daß sie im Endergebnis auf einen so einfachen Nenner gebracht werden könnten, und überdies führt heute der Strukturwandel internationaler Gesellschaften eher dazu, daß internationale Politik im Sinne von Kosten-Nutzen-Kalkülen kaum eindeutig kalkulierbar ist und demzufolge angestrebte Ziele, schon gar während sich zuspitzender internationaler Krisen, selten erreicht werden.

Auch wäre in diesem Zusammenhang vor blinder Bündnisloyalität zu warnen. In der Aufschwung- und Reifephase ist für eine Hegemonialmacht der aus der eigenen Vormachtstellung resultierende Nutzen aus Allianzen höher als der Kostenaufwand; in der Abschwungphase kehrt sich diese Beziehung um: Die Kosten werden höher als der Nutzen, und es ist deshalb ganz naheliegend, daß Hegemonialmächte immer schon in der Verfallsphase Verbündete enger an sich zu binden suchten und einen Lastenausgleich zwischen sich und den Verbündeten durchzusetzen sich bemühten. Auch wird in einer solchen Spätphase die Loyalität gegenüber der Hegemonialmacht eher und öfter getestet als in der Zeit unbestrittener Vormachtstellung. Dabei ist gerade in einer Phase zerfallender Vormachtstellung kritische Loyalität wichtig, denn sie vermag, anders als blinde Loyalität, den Rollenwechsel der Hegemonialmacht aus wirklicher Hegemoniestellung in eine eher zweitrangige, anderen Mächten vergleichbare Position zu fördern sowie Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen in der internationalen Politik vermeiden zu helfen.

Darin scheint mir eine wichtige Rolle gerade derjenigen Mittelmächte (Japan und der Bundesrepublik) zu liegen, die in der heutigen internationalen Gesellschaft eine ökonomische Macht darstellen, ohne daß sie noch, anders als die ehemaligen Kolonial- und imperialistischen Mächte, die Fähigkeit besitzen, selbst militärischen Druck ausüben oder gar zur Durchsetzung eigener Interessen militärisch intervenieren zu können. Solchen Gesellschaften kommt eine wichtige friedenspolitische Aufgabe bei der Vermeidung eines immer noch latent vorhandenen und gegebenenfalls virulent werdenden Hegemoniekonfliktes zu. Das setzt allerdings ein anderes Rollenverständnis als das während des Kalten Krieges von der Hegemonialmacht zugewiesene voraus - ein Rollenverständnis, für das es keine historischen Präzedenzfälle zu geben scheint. In dieser Aufgabe liegt jedoch auch eine Chance, den Hegemoniezyklus überkommener internationaler Ordnung überwinden zu helfen und zu einer tragfähigen Friedensordnung ohne hegemoniale Ausscheidungskämpfe zu gelangen.

Die friedenspolitische Großwetterlage ist gegenwärtig nicht eindeutig zu beurteilen. Auf der einen Seite sind politische Entwicklungen zu beobachten, die in Richtung auf einen anhaltenden Kollisionskurs der Hauptkontrahenten der Weltpolitik hindeuten. Kämen diese Entwicklungen voll zum Durchbruch, wäre nach aller historischen Erfahrung das Schlimmste zu befürchten, nämlich ein neuer Weltkonflikt, ein Dritter Weltkrieg, dessen Folgen keineswegs in so kurzer Zeit wieder behoben werden könnten, wie das nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Dieser Krieg käme einem Zusammenbruch eines großen Teils der überkommenen Zivilisation gleich. Andererseits sind jedoch auch politische und strukturelle Veränderungen zu beobachten, die die Chance einer Einhegung des gegenwärtigen weltpolitischen Konfliktes erhöhen und möglicherweise dessen Überwindung fördern helfen. In welche Richtung sich die Weltpolitik wirklich bewegt, hängt nicht zuletzt davon ab, wofür sich Menschen - als Bürger, Politiker, Wissenschaftler und Künstler - tatkräftig einsetzen. Der Gang der Geschichte ist nicht vorherbestimmt, wenngleich ein Rückblick auf die vergangenen Jahrhunderte und die in ihnen beobachtbaren Hegemoniezyklen eindrucksvolle Regelmäßigkeiten enthüllt.

In Europa bildeten sich seit dem Mittelalter als Ergebnis langwieriger innergesellschaftlicher Ausscheidungskämpfe der Nationalstaat und das diesen kennzeichnende legitime Monopol staatlicher Gewalt heraus. Dieses Monopol war und ist, gemessen an früheren gesellschaftlichen Zuständen anhaltender Kriegsbereitschaft und kriegerischer Auseinandersetzung, eine zivilisatorische Errungenschaft, denn innergesellschaftliche Konflikte werden nunmehr in einigermaßen geregelten Bahnen ausgetragen. Doch diese Errungenschaft hatte eine problematische Kehrseite, nämlich das weiterhin bestehende Faustrecht in der internationalen Politik und damit die Möglichkeit, mit kriegerischer Gewalt eigene egoistisch definierte nationale Interessen gegen andere Völker durchzusetzen. Mehr als 150 Kriege seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dokumentieren die Ausscheidungskämpfe kleineren und größeren Ausmaßes unterhalb der direkten hegemonialen Konfrontation der beiden Großmächte. In dieser Situation ist heute nicht 'weniger zu fordern als die Abschaffung des Krieges, und zwar sowohl des Hegemonialkrieges, der die Zivilisation vernichten könnte, als auch der darunterliegenden Kriege, und erst, wenn es gelänge, Kriege als eine gesellschaftliche Institution aus der Welt zu schaffen, könnte man von einem wirklichen Fortschritt menschlicher Zivilisation und damit von einer wirklich qualitativen Weiterentwicklung der Menschheit sprechen.